

1 **Gesundes Aufwachsen, gutes Familienleben**

2 ***Unsere Politik für Kinder und Familien in Zeiten von Corona***

3

4 Beschluss des SPD-Präsidiums vom 25. Mai 2020

5

6 Familien tragen eine große Verantwortung und halten zusammen – untereinander, und
7 damit auch die Gesellschaft insgesamt. Das haben sie seit Beginn der Corona-Krise erneut
8 bewiesen. Daher brauchen sie unsere Solidarität.

9

10 In Zeiten von Lockdown, Betriebsverboten und der Schließung pädagogischer Einrichtungen
11 hieß das zunächst: über fast zwei Monate ein Leben im Ausnahmezustand. Kitas und Schulen
12 waren – von einer Notbetreuung abgesehen - in ganz Deutschland geschlossen. Viele Kinder
13 mussten ihre Zeit in den (nicht selten zu kleinen) Wohnungen verbringen – ohne ihre
14 Freundinnen und Freunde, ohne Spielplatz, ohne Sportverein oder Jugendtreff. Eltern ohne
15 Anspruch auf Notbetreuung mussten volle Arbeitsleistung erbringen (egal ob im Homeoffice
16 oder am Arbeitsplatz) und gleichzeitig „nebenbei“ die Kinder zu Hause betreuen,
17 Bildungsangebote begleiten und für das leibliche wie das psychische Wohl der Kinder sorgen.
18 Hinzu kam und kommt für viele die Sorge um die wirtschaftliche Existenz der Familie und um
19 ältere Angehörige, die lange überhaupt nicht besucht werden konnten. Nicht wenige
20 mussten durch den Ausfall von Tagespflege oder ambulanten Pflegediensten auch die
21 heimische Pflege eines Angehörigen allein übernehmen.

22

23 Derzeit werden die coronabedingten Beschränkungen in allen gesellschaftlichen Bereichen
24 weitreichend gelockert, und nahezu alle Betriebe werden zeitnah wiedereröffnet. Auch in
25 den Kitas und Schulen gibt es eine schrittweise Öffnung von der erweiterten Notbetreuung
26 zum eingeschränkten Regelbetrieb – je nach Bundesland in unterschiedlichem Umfang und
27 Tempo. Pflegedienste nehmen ihre Arbeit wieder auf.

28

29 Immer deutlicher wird jedoch auch, dass aufgrund der notwendigen Abstands- und
30 Hygieneregeln und der Beschränkung von Kontakten der gewohnte Alltag in Einrichtungen
31 der Bildung und Betreuung auf mittlere Sicht nicht wieder einkehren kann – und damit
32 zwangsläufig auch nicht der gewohnte Alltag erwerbstätiger Eltern.

33

34 Dabei geht es um immerhin 4,2 Millionen erwerbstätige Familien in Deutschland, 600.000
35 der Eltern sind Alleinerziehende. In besonderem Maße von der Mehrfachbelastung betroffen
36 sind die Frauen, an denen immer noch und derzeit wieder vermehrt der Hauptteil der
37 Sorgearbeit hängt. Auch für das Wohlergehen und die Entwicklungschancen von Kindern, für
38 ihre sozialen Bedürfnisse und für ihr Recht auf Bildung und Teilhabe ist die aktuelle Situation
39 ein schwerer Schlag. Die Corona-Krise trifft damit den Kernbereich sozialdemokratischer
40 Politik.

41

42 Wir haben bereits einiges auf den Weg gebracht, um Familien in der Corona-Krise zu
43 unterstützen. Dazu gehören die Kurzarbeit mit Familienkomponente, der Notfall-
44 Kinderzuschlag – durch den nun erheblich mehr Kinder vom Kinderzuschlag profitieren als
45 zuvor -, der veränderte Berechnungszeitraum für das Elterngeld, die Lohnersatzleistung nach
46 Infektionsschutzgesetz für die Eltern, die keine Betreuung für ihre Kinder haben und daher
47 nicht zur Arbeit gehen können und Akuthilfen für pflegende Angehörige, die aufgrund der
48 Pflegesituation ihrer Arbeit nicht nachgehen können. Wir sehen aber, dass Familien
49 weiterhin und zunehmend unter Druck geraten – und die Krise sich insbesondere für die
50 Frauen verschärft, auf denen der größte Teil der zusätzlichen Sorgearbeit lastet, wie uns
51 Studien drastisch vor Augen führen.

52

53 Wir Sozialdemokrat*innen haben lange dafür gekämpft, dass Vereinbarkeit von Familie und
54 Erwerbsarbeit für Mütter und Väter gleichermaßen und partnerschaftlich möglich ist, dass
55 Alleinerziehende besondere Unterstützung bekommen – und dass Kinder unabhängig von
56 ihrer Herkunft gleiche Bildungs- und Entwicklungschancen haben. Getragen von einem
57 breiten gesellschaftlichen Konsens haben wir in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche
58 Finanzmittel in den Ausbau von Krippen, Kitas und Ganztagschulen investiert, Qualität
59 verbessert und dort, wo wir in Regierungsverantwortung sind und waren, begonnen,
60 Gebühren schrittweise abzuschaffen.

61 Diese hart erkämpften Fortschritte darf die Krise nicht zerstören.

62 Um es klar zu sagen: Zentrale Voraussetzung für Eltern, in ihrem Beruf arbeiten zu können,
63 sind die Kitas und Schulen! Zentrale Voraussetzung für Kinder, gut ins Leben zu starten, sind
64 hochwertige Bildungsmöglichkeiten.

65

66 Um Familien zu entlasten, den Eltern Handlungsfähigkeit und Planungssicherheit zu geben
67 und den Kindern eine verlässliche Umgebung für gute und gerechte Bildungs- und
68 Entwicklungschancen, müssen wir auf mehreren Ebenen gleichzeitig handeln.

69

70 **Schulen und Kitas schrittweise für alle Kinder öffnen**

71

72 Kinder brauchen andere Kinder und die Begleitung pädagogischer Profis in den Kitas, um sich
73 sprachlich, sozial und emotional bestmöglich zu entwickeln. Kitas sind Orte der Integration
74 und Inklusion – hier treffen die Kinder auf die Vielfalt der Lebenslagen, treffen Kinder mit
75 und ohne Behinderung aufeinander. Hier lernen und leben sie Zusammenhalt. Die Betreuung
76 zuhause kann die Arbeit der frühkindlichen Bildungsexpert*innen in den Einrichtungen auf
77 Dauer nicht ersetzen. Die vertrauten Erzieher*innen sind auch und gerade in unsicheren
78 Zeiten eine wichtige Instanz im Leben von Kindern.

79 Deshalb müssen insbesondere Kinder mit Behinderungen und mit besonderem Schutz- oder
80 Förderbedarf, schnellstmöglich aber auch alle anderen Kinder zumindest stunden- oder
81 tageweise in die Kita bzw. Kindertagespflege oder in ihre Schulen zurückkehren können.

82 Dabei ist selbstverständlich die Gesundheit der Fachkräfte bestmöglich zu schützen -

83 Erzieher*innen und Lehrer*innen aus Risikogruppen sollen also in dieser Situation möglichst
84 nicht direkt mit Kindern arbeiten.

85

86 Wir begrüßen deshalb das Engagement unserer Familienministerin Franziska Giffey, die sich
87 mit den Fachminister*innen der Länder für zügige Konzepte zur Öffnung ihrer Kitas stark
88 gemacht hat. Die Länder haben inzwischen entschieden, wie und wann sie ihre
89 Einrichtungen wieder öffnen. In einigen Regionen können bereits alle Kinder wieder für
90 einige Stunden am Tag in die Kita kommen. Zur Unterstützung einer zügigen Öffnung der
91 Kitas müssen Kommunen zusätzliches Personal einstellen können. Für eine bessere
92 Personalausstattung in der Zukunft muss zudem jetzt endlich auch die zweite Welle der
93 „Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher“, also der praxisintegrierten und
94 vergüteten Erzieher*innenausbildung zur Unterstützung der Ausbildungsaktivitäten in den
95 Ländern kommen.

96

97 Dank des Einsatzes unserer rheinland-pfälzischen Kultusministerin Stefanie Hubig in ihrer
98 Rolle als Präsidentin, handelt die KMK in großer Geschlossenheit. Sehr frühzeitig haben sich
99 die Länder auf die gegenseitige Anerkennung aller Schulabschlüsse im "Corona-Jahr"
100 verständigt. Das ist ein wichtiger Schritt für die Chancengleichheit der Schülerinnen und
101 Schüler. Derzeit klärt die KMK mit welchen Konzepten die Schulen nach den Sommerferien
102 arbeiten können, um allen Kindern ein verlässliches, gerechtes und möglichst
103 infektionssicheres Präsenzangebot in Schulen und Kitas zu machen. Hinzu kommen
104 unterstützende digitale Bildungsangebote, die besondere Chancen, aber auch
105 Herausforderungen in sich bergen. Die Schulen benötigen für die Betreuung in fest
106 definierten Kleingruppen und für besondere Unterstützungsangebote zusätzliches,
107 lernbegleitendes Personal, damit leistungsschwächere und benachteiligte Schüler*innen
108 nicht noch weiter abgehängt werden. Für beispielsweise Pädagogikstudierende, denen
109 derzeit die Hinzuverdienstmöglichkeiten fehlen, wäre dies womöglich ein willkommenes
110 Tätigkeitsfeld.

111 Am Ende entscheiden die Länder, wann und wie ihre Einrichtungen wiedereröffnen können.
112 Im Idealfall entwickeln Kitas, Schulen und ihre Träger selbst kreative, vor Ort passgenaue
113 Lösungen im epidemiologiekonform abgesteckten Rahmen von festen Kleingruppen.

114

115 Auch wenn dadurch keine „Normalität“ einkehren kann - für die Familien ist ein sich so
116 ergebendes, schicht- oder tageweises Bildungs- und Betreuungsangebot und eine dort
117 stattfindende Mahlzeit eine große Entlastung – und für die Kinder und Jugendlichen das
118 Stück Alltag mit Gleichaltrigen, das sie derzeit schmerzlich vermissen.

119

120 **Chancengleichheit beim digitalen Lernen gewährleisten**

121

122 Alle Schülerinnen und Schüler müssen gleiche Chancen beim digitalen Lernen haben. Denn
123 wir werden noch auf längere Zeit Präsenzunterricht in der Schule und Lernen zu Hause
124 miteinander verbinden müssen. Möglicherweise entdecken wir auch für die Zeit darüber

125 hinaus die besonderen Chancen einer zeitgemäßen, digital gestützten Bildung als Vorteil
126 und Fortschritt für alle Schülerinnen und Schüler. Viele engagierte Lehrer*innen haben in
127 den vergangenen Wochen kreative Lösungen gefunden, um ihre Schüler*innen auf Distanz
128 bestmöglich zu unterstützen und zu motivieren. Aber es bleibt noch einiges zu tun, damit
129 unter den derzeitigen Bedingungen alle Kinder die gleichen Chancen auf gute Bildung haben
130 und Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf nicht den Anschluss verlieren.

131

132 Das betrifft zunächst die Ausstattung mit digitalen Geräten. Wir haben bereits durchgesetzt,
133 dass die Schulträger über die Länder 500 Mio. Euro zusätzlich für den Digitalpakt erhalten,
134 um digitale Endgeräte für benachteiligte Schüler*innen anzuschaffen. Diese zusätzlichen
135 Bundesmittel werden schnellstmöglich ausgezahlt, Beschaffung und Organisation der
136 Verteilung an die Schulen erfolgt zentral durch die Länder bzw. kommunale Schulträger. Die
137 Bundesländer erarbeiten derzeit entsprechenden Förderrichtlinien und Verfahren. Die
138 neuen Geräte gehen dann als Dauerleihgabe in den Besitz der Schüler*innen über. Die
139 Telekommunikationsanbieter rufen wir auf, die für einen regelmäßigen digitalen Unterricht
140 notwendige Bandbreite via Mobilfunk oder Festnetz kurzfristig und unbürokratisch bereit zu
141 stellen und einen Schüler*innen-Tarif einzurichten.

142

143 Es braucht darüber hinaus aber auch ein gemeinsames Verständnis davon, wie es gelingen
144 kann, digitale Lernangebote und Präsenzlernen miteinander zu verbinden. Ein mögliches
145 Konzept ist der „Inverted Classroom“. Dabei wird die klassische Rolle des Präsenzunterrichts
146 zum Teil nach Hause verlegt. Videovorträge und/oder altersgerecht begleitete oder
147 selbständige Rechercheaufträge können den Input nach Hause verlagern, während die Phase
148 des Übens und Vertiefens in der Präsenzphase stattfindet. Dort können Lehrkräfte, aber
149 auch Peer-Effekte gezielter unterstützen. Gerade in dieser Phase verstärkt die soziale
150 Interaktion den Lernerfolg.

151

152 Die Digitalisierung des Unterrichts ist eine Herausforderung für alle: Für die Schulen und ihre
153 Verwaltung ebenso wie für die Schüler*innen und ihre Eltern. Sicherer, souveräner und
154 kompetenter Umgang mit Geräten, Lernangeboten und der weiten Welt des Wissens
155 brauchen Unterstützung und Orientierung. Tutorials, Webinare und Erklärvideos können
156 allen Beteiligten helfen, die coronabedingt katalysierte Bildungsdigitalisierung auch als
157 Chance zu sehen – und mit Geduld miteinander und voneinander zu lernen.

158

159 **Förderung flexibler Arbeitszeitmodelle für Eltern ist nötiger denn je**

160

161 Für viele Eltern in unserem Land stellt die Corona-Krise eine existenzielle Herausforderung
162 dar. Die Sozialdemokratie hat mit schneller Unterstützung durch das erhöhte
163 Kurzarbeitergeld, den erleichterten Zugang in die Grundsicherung, die Verlängerung des
164 Arbeitslosengeldes, den Notfall-Kinderzuschlag und viele weitere Maßnahmen dafür gesorgt,
165 dass soziale Härten abgefedert werden können. Fehlende Betreuungsmöglichkeiten für
166 Kinder in Kitas und Grundschulen

167 stellen viele Eltern aber vor große Herausforderungen.

168

169 In der Krise sehen wir umso deutlicher: Professionelle Carearbeit ist ein Wirtschaftsfaktor
170 und muss noch erheblich besser honoriert werden. Solange aber der Staat Bildung und
171 Betreuung von Kindern krisenbedingt ganz oder zu großen Teilen an die Kernfamilie
172 zurückdelegiert, muss er Familien ihre Arbeit und ihr Einkommen absichern - ohne dass
173 dabei die Gleichstellung von Frauen und Männern unter die Räder kommt.

174

175 Unsere zuständigen Regierungsmitglieder Franziska Giffey und Hubertus Heil haben daher
176 eine zügige Anschlussregelung für die Lohnfortzahlung von Eltern angesichts der
177 coronabedingten Schul- und Kitaschließungen im Kabinett durchgesetzt. Die Dauer der
178 Lohnfortzahlung wird von maximal sechs auf zehn Wochen verlängert – pro Elternteil, bei
179 Alleinerziehenden sind es 20 Wochen – und kann auch tageweise in Anspruch genommen
180 werden. Damit sind anders als bisher auch partnerschaftliche Teilzeitlösungen möglich, die
181 beiden Eltern trotz fehlender Betreuung ihren Arbeitsplatz und ein Einkommen sichern.
182 Außerdem wird den besonderen Bedürfnissen von Alleinerziehenden besser Rechnung
183 getragen. Arbeitgeber*innen sind aufgefordert, ihre Arbeitnehmer*innen mehr Flexibilität
184 zu ermöglichen: Indem sie Arbeitsmodelle für eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und
185 Erwerbspflichten während der coronabedingten Einschränkungen in Kitas und Schulen
186 anbieten und über Lohnersatzleistungen informieren. Wir appellieren auch an die Länder,
187 Anträge zu vereinfachen, zu informieren und die Regelungen im Sinne der Eltern flexibel
188 auszulegen.

189

190 Leider müssen wir feststellen, dass durch die Krise die Frauenerwerbstätigkeit
191 zurückgegangen ist. Frauen finden sich unfreiwillig in einer Situation wieder, in der sie für
192 Kinderbetreuung und Familienarbeit zuhause bleiben. Zu einem mittelfristigen
193 Lösungsansatz, der Eltern über die befristete Maßnahme des Infektionsschutzgesetzes
194 hinaus entlastet und die aktuell rückläufige Frauenerwerbstätigkeit stärkt, gehört für uns
195 Sozialdemokrat*innen das von Manuela Schwesig erarbeitete Konzept der
196 Familienarbeitszeit. Eltern mit jüngeren Kindern, die ihre Arbeitszeit selbstbestimmt und
197 partnerschaftlich reduzieren, wollen wir auch jenseits der Corona-Krise mit einem
198 Familiengeld von jeweils 150 Euro monatlich für beide Eltern unterstützen – für bis zu 24
199 Monate. Gerade Familien mit kleinen Einkommen sollen sich so eine gute Vereinbarkeit und
200 gerechte Aufteilung von Familie und Beruf leisten können.

201

202 Gerade in Zeiten von Corona, wo Kitas und Schulen aus Infektionsschutzgründen auch
203 mittelfristig keine Vollzeitbetreuung anbieten werden, gibt die Familienarbeitszeit Eltern
204 Mittel an die Hand, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eigene, selbstbestimmte
205 Wege zu gehen und unterstützt die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern.

206

207 **Kinder brauchen Sicherheit**

208

209 Familie ist vor allem da, wo Kinder sind. Familien mit Kindern sind in der Krise in besonderem
210 Maße betroffen. Die Herausforderungen, Arbeitsleben und Kinderbetreuung miteinander zu
211 verbinden, besteht über alle Einkommensschichten hinweg. Wir setzen uns deshalb für
212 einen Kinderbonus ein, der den Familien für jedes Kind zur freien Verfügung ausbezahlt wird.
213 Der Bonus darf nicht auf Leistungen aus anderen Sicherungssystemen angerechnet werden.
214 Mit einem solchen Kinderbonus werden Familien mit Kindern zielgenau unterstützt.
215 Gleichzeitig stärken wir die Nachfrage und unterstützen so die konjunkturelle Entwicklung.
216 Auch werden wir Investitionen der Kommunen in eine zeitgemäße, teilhabegerechte Bildung
217 und Betreuung im Rahmen der Konjunkturmaßnahmen besonders berücksichtigen.
218
219 Unabhängig davon arbeiten wir weiter an einem grundlegenden Wechsel in der
220 Familienförderung hin zu einer sozialdemokratischen Kindergrundsicherung. Die
221 Unterstützung von Kindern und Familien in Deutschland ist vielfältig, dennoch wächst jedes
222 fünfte Kind in Armut auf. Wir wollen eine existenzsichernde Geldleistung für Kinder, die
223 bisherige Familienleistungen zusammenführt und weitere Investitionen in die Infrastruktur
224 für Bildung und Teilhabe. Die sozialdemokratische Kindergrundsicherung soll nach
225 Einkommen der Familie gestaffelt sein – je ärmer die Familie, desto höher die Geldleistung.
226 Damit holen wir alle Kinder raus aus Hartz IV und stellen Familien bis weit in die
227 Mittelschicht hinein besser.
228
229 Wir wollen auch weiterhin Kinderrechte im Grundgesetz verankern, wie im Koalitionsvertrag
230 vereinbart. Gerade in Krisenzeiten zeigt sich immer wieder, dass die Rechte von Kindern
231 nicht immer und auf allen staatlichen Ebenen ausreichend Berücksichtigung finden. Das
232 muss sich in Zukunft ändern. Wir wollen, dass die Stimme von Kindern mehr Gehör findet -
233 das stärkt auch ihre Familien.
234
235 Familien sind systemrelevant. Für uns Sozialdemokrat*innen stehen ihre Bedürfnisse im
236 Fokus der Politik – während der Krise und danach.